

Konziliarer Prozeß – christliche Ärztinnen und Ärzte unterwegs für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Nach Vancouver (1983) und mit den Ökumenischen Versammlungen in Stuttgart (1988), Dresden (1989), Basel (1989) und Seoul (1990) hat der konziliare Prozeß in Europa und in der Welt seine verheißungsvolle Entwicklung begonnen. Dabei wird ganz zentral auch die Glaubwürdigkeit unseres Christseins berührt. Z. Zt. allerdings scheint es, daß der konziliare Weg u. a. durch Ost-West-Probleme, deutsche Einheit und eher zunehmende Schwierigkeiten in der Ökumene in seiner Bedeutung zurückgedrängt wird.

Auf der anderen Seite wird vielfältig sichtbar, daß auch viele christliche Ärztinnen und Ärzte in neuer Qualität ihres Christseins und Arztberufes versuchen, ihre zeitkritische Verantwortung gegenüber lokalem und weltweitem Unrecht, Unfrieden und Naturzerstörung wahrzunehmen. Wie sich dies in der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung) vor Ort und überregional entwickelt hat und dies auch in Zukunft unser ganzes Leben entscheidend beeinflussen muß, soll hier dargelegt werden. Im historischen Rückblick soll unter Zugrundelegung insbesondere von IPPNW-Publikationen (IPPNW-Rundbriefe) darauf eingegangen werden, welche konziliaren Schritte unmittelbar im Rahmen der IPPNW erfolgt sind und welche indirekten Zusammenhänge mit der Thematik unterstellt werden können.

Was sich entwickelt hat

Schon im Oktober 1985 erfolgte im IPPNW-Rundbrief eine erste Information über den Aufruf von C. Fr. von Weizsäcker zum Friedenskonzil. U. Gottstein konnte dann beim Empfang des Friedensnobelpreises für die IPPNW 1985 in Oslo als großes Ziel der IPPNW den konziliaren Gedanken aufgreifen, nämlich „Verhütung eines Atomkrieges, Bewahrung der Menschen und der Natur, Bewahrung dieser wunderbaren Schöpfung“. 1986 wurde als zentrale IPPNW-Thematik für die Mitgliedschaft vor Ort formuliert, daß ein Engagement gegen einen Atomkrieg „letztlich einen Einsatz gegen jeglichen Krieg und Abbau von Militarismus“ bedeutet, womit aufs engste „Probleme und Aufgaben um Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur auf der Erde“ verknüpft sind. Von wegweisender Bedeutung bleiben die Ausführungen von H.-E. Richter im Festvortrag auf dem IPPNW-Weltkongreß 1986 in Köln. Erneut wird die Haltung A. Schweitzers „Ehrfurcht vor dem Leben“ zitiert, die ohne Zweifel konziliaren Vorstellungen entspricht, auch wenn ein direkter Bezug nicht erwähnt wird. Aus ihr folgt, daß „wirksame Abrüstung nur im Zusammenhang einer psychischen Abrüstung, eines allgemeinen Umdenkens stattfinden kann“, überall dort, „wo Leben aus wie immer verbrämten Machtinteressen heraus bedroht oder geschädigt“ wird. Dies alles kann nur „nahe und mitverantwortlich“ mit „allem sonstigen kreatürlichen Leben verbunden“ sein, „in gemeinsamer Verantwortung sämtliches Leben auf unserem Planeten zu hüten“.

■ Von sicher auch kirchenpolitisch weltweit bahnbrechender Bedeutung dürfte die auf dem IPPNW-Weltkongreß 1986 in Köln durchgeführte Sitzung „Ärzte unterstützen den Ruf nach einer ökumenischen Weltversammlung für den Frieden“ anzusehen sein. Hier kamen erstmals in der Geschichte der IPPNW-Kongresse und ärztlicher Kongresse überhaupt führende Vertreter von der Amerikanischen Katholischen Bischofskonferenz, vom Lutherischen Weltbund, von der Russischen Orthodoxen Kirche und vom Deutschen Evangelischen Kirchentag zu Wort. In einer bedeutsamen Resolution wurde die „gemeinsame Verantwortung der christlichen Kirchen und der Ärzte für Leben und Gesundheit der Menschen, für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung Gottes“ hervorgehoben. Insbesondere wurde die Unvereinbarkeit der Massenvernichtungswaffen mit dem christlichen Glauben erneut herausgestellt und von den christlichen Kirchen der Welt eine „eindeutige ethische Aussage ohne Rücksichtnahme auf politische Rücksichten“ gefordert.

Ganz besonderer Erwähnung bedürfen die christlichen Ärztgruppen, die sich in der ehemaligen DDR (neben der offiziellen IPPNW-Sektion) unter oft großer Bedrängnis im Sinne sozialer Verantwortung, und damit auch konziliar, engagiert haben. So formierten sich „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“ seit 1984 in Halle/Saale und „Ärzte für den Frieden – Berlin“ seit ca. 1985 in Berlin und die „Albert-Schweitzer-Aktion für den Frieden“ seit 1987 in Erfurt in der Regel „unter dem Schutzdach der Evangelischen Kirche“. Dabei wurde inhaltlich über Probleme der Friedenserziehung von Kindern und Jugendlichen, über Gefahren der friedlichen Kernenergienutzung, über überholte Ausbildungsinhalte in Militärmedizin und Zivilverteidigung und über „Förderung von Begegnungen zwischen Menschen aus Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen“ gearbeitet. 1989 berichtet S. Schröter erstmals aus der DDR im IPPNW-Rundbrief, daß auf einer großen Gemeinschaftstagung von Evangelischen Akademien in Ostberlin über neues Denken – Friedenserziehung, Bedrohung durch Kernkraft, Feindbilddenken und das Phänomen der Gleichgültigkeit gesprochen wurde. „Äußerer und innerer Frieden gehören untrennbar zusammen“. Von theologischer Seite nahm Superintendent Ziemer (Dresden) teil, „der den Geist der Europäischen Ökumenischen Versammlung ‚Frieden in Gerechtigkeit‘ aus Basel mitbrachte“.

1987 wurde der konziliare Gedanke ganz konkret von K. Bonhoeffer auf dem Evangelischen Kirchentag in Frankfurt/Main aufgegriffen. Bonhoeffer entwickelt visionär eine präventive Medizin der Zukunft, in der der Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation wirklich ernst genommen wird. Hier wird von einem vollständigen, körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefinden ausgegangen. Und dies bedeutet nach Bonhoeffer, „für Frieden, für Gerechtigkeit und für die Integrität der Schöpfung im Sinne des Konzilsgedanken der Kirchen einzutreten“. Ihm selbst sei „die Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Integrität der Schöpfung in einer Weise unentbehrlich“ geworden, daß er sie mit seiner Aufgabe als Ordinarius eines großen klinischen Instituts nicht mehr in Einklang bringen konnte. Viele wissen davon, daß Bonhoeffer 1987 seinen Lehrstuhl an der Universität Köln aufgegeben hat, um sich ganz der Friedensarbeit widmen zu können. Dies ist sicher eine Konsequenz, der nur die wenigsten von uns zu folgen vermögen, die uns aber täglich mit Ernst und Intensität konfrontiert, in unserem Bereich ähnliche glaubwürdige

Schritte zu gehen. So bleibt Bonhoeffer Vorbild, der ein „neues Denken“ doch in einem „neuen Handeln“ verwirklicht. Bonhoeffer fühlt sich 1988 als International Councillor der IPPNW während einer Reise durch Indien und Pakistan so unmittelbar mit den bedrückenden Problemen von Armut und Elend in der sog. Dritten Welt konfrontiert, daß er anregt, dieser Aufgabe im konziliaren Sinn zukünftig auch in der IPPNW ein wesentlich größeres Gewicht beizumessen.

1988 haben im Vorfeld der Ökumenischen Versammlung von Stuttgart spontan in wenigen Tagen 27 Ärztinnen und Ärzte der IPPNW-Regionalgruppe Stuttgart aus christlicher Verantwortung und Sachkompetenz einen konziliaren Beitrag durch kompromißlose Ablehnung von Massenvernichtungswaffen geleistet. In dieser Resolution wurden z. B. jede Fortbildung in Kriegsmedizin, das System der nuklearen Abschreckung und alle Kernwaffentests abgelehnt.

Gerade im Hinblick auf die heutigentags meist sinnlose Kriegsmedizin bzw. den sog. Zivilschutz unter dem Deckmantel einer sog. Katastrophenschutz-Gesetzgebung ist es bemerkenswert, daß eine ausführliche Dokumentation eines Diskussionsprozesses im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau zum Thema Zivilschutz im IPPNW-Rundbrief erfolgen konnte. Dies muß deshalb besonders hervorgehoben werden, da offizielle kirchliche Kreise in der Handhabung dieser Thematik wenig Glaubwürdigkeit bewiesen haben. Da der „Zivilschutz zu Lasten der Kranken und Alten“ geht, wäre gerade hier auch im Sinne einer konziliaren Verpflichtung eine eindeutige Stellungnahme unserer Kirchen gefordert gewesen.

Ein ganz zentrales Thema der IPPNW stellt schon seit den Anfängen die grenz- und blockübergreifende Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern, vor allen Dingen zwischen ehemals Ost und West, dar. Gerade dieser auch christliche und konziliare Aspekt gegenseitiger verbindlicher und verpflichtender Dialogfähigkeit war bemerkenswerterweise allzuoft Anlaß geradezu unerträglicher und diffamierender Kampagnen von ärztlichen Funktionären und christlichen Politikern in der BRD.

So liegt der sowjetische Soldatenfriedhof von Stukenbrock der IPPNW seit Jahren besonders am Herzen. In dieser Region wurden 1941 bis 1945 über 65 000 sowjetische Menschen zu Tode gebracht. B. Hövener hat schon 1984 aus Anlaß einer ersten Stukenbrock-Prozession der IPPNW zu einem Abbau von Feindbildern, Völker- und Rassenhaß und zu einer Politik des Friedens und der Verständigung aufgerufen. H.-E. Richter hat dann an gleicher Stelle 1986 im Angesicht von Ärzten aus Leningrad überzeugend unsere Mitverantwortung hervorgehoben und auf das Verhängnis von Verdrängung hingewiesen. Mit ihm haben wir gelobt, daß wir uns in der BRD „dem Geist der Dämonisierung und des Militarismus, der noch immer in manchen Köpfen spukt, mit allen Kräften widersetzen werden“. So empfanden wir Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion „als einen wesentlichen Schritt auf dem Weg ... zu einer ökumenischen Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und für den Frieden in der Welt“. Ein offener Brief an M. Gorbatschow, der Stukenbrock und seine konziliare Einbindung zum Inhalt hatte und von 3 307 BürgerInnen unterschrieben wurde, konnte im Mai 1988 während einer ökumenischen politischen Versöhnungsreise im Friedenskomitee in Moskau übergeben werden. Alles stand in engem Zusammenhang mit der bedeutenden kirchlichen Bewegung „Versöhnung, Zusammen-

arbeit und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“. In ihr hatten sich viele Christen und Christinnen besonders seit dem Evangelischen Kirchentag 1987 in Frankfurt/Main engagiert. In diesem Rahmen muß auch die außerordentlich ergreifende Prozession des Lebens für Opfer von Haß, Gewaltherrschaft und Krieg auf einem Friedhof in Köln aus Anlaß des IPPNW-Weltkongresses 1986 gesehen werden. Unvergessen bleibt die zutiefst erschütternde Ansprache des Theologen E. Bethge.

Ohne Zweifel sind als wichtige Bestandteile des konziliaren Prozesses auch viele Einzelaktivitäten durch christliche Ärztinnen und Ärzte im Rahmen des zivilen Ungehorsams anzusehen. Nicht wenige IPPNW-Mitglieder sehen diesen Einsatz als ihre Aufgabe, sich im konkreten Handeln für Abrüstung, Frieden und nutzbringenderen Gebrauch riesiger Militärausgaben einzusetzen. Freilich erfolgen hier kaum entsprechende Publikationen. So darf wenigstens stellvertretend aus einem Briefwechsel einer Ärztin mit der Polizeidirektion Aalen vom 22. April 1990 aus Anlaß eines Kostenbescheids nach einer Mutlangen-Blockade zitiert werden:

„Wie gut ist es, daß ich da oben auf der Kreuzung in Mutlangen gegessen bin, bei großer Hitze, in eisigen Nächten, daß wir mit den Uniformierten diesseits und jenseits des Zaunes gesprochen haben, daß wir gebetet und gesungen, geschwiegen und musiziert haben, Alte und Junge, Mütter und Kinder, japanische Mönche mit ihren Trommeln, Baptisten mit blumenverziertem Kreuz, Pilger, Quäker, Professoren, Zimmerleute, Musiker ..., daß wir vor Gericht gestanden sind, Strafen bezahlt haben, daß wir, zusammen mit jüdischen Freunden im Gebetsumhang und in KZ-Kleidern, in unseren Arztkitteln von Mutlangen nach Gmünd gelaufen sind, mit letzten Kräften fest unsere Kreuze und Transparente tragend, unter der sengenden Sonne: Alles, was wir auf uns genommen haben, hat dazu beigetragen, daß unsere Welt sich entscheidend verändert hat.“

Am Ende des historischen Rückblickes muß noch hinzugefügt werden, daß wir in den letzten Jahren auf eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung der IPPNW innerhalb der bundesdeutschen Sektion und auch weltweit zurückblicken können. Der IPPNW-Arbeitsschwerpunkt vom Kampf gegen den Atomkrieg hat sich zur umfangreicheren sozialen Verantwortung verbreitert. Dies liegt ganz im Sinne eines umfassenden konziliaren Prozesses, da lokal und weltweit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung heute nicht mehr voneinander zu trennen sind und mit Recht als Überlebensaufgabe unseres Planeten gelten. Genau in dieser Richtung liegt z. B. die Wiedergabe eines Vortrags im Rundbrief schon 1986 von J. Schneider über Rüstung oder Überleben – Umweltzerstörung, Hunger, Ressourcenvergeudung. Wegweisend sind darüber hinaus Ausführungen von T. Bastian über ökologischen Humanismus und sein Vortrag vor der Jahresmitgliederversammlung der bundesdeutschen IPPNW-Sektion 1990 in Isny. Hier wird von Bastian geradezu konziliar formuliert, daß Verelendung und Naturzerstörung Ursache künftiger Kriege sein werden und daß diese Problematik eine wichtige zukunftsweisende Aufgabe der IPPNW sei. Diese Gesamtschau lokal und weltweit verbundener Überlebensaufgaben, die ein neues Denken und ein neues Handeln, eine neue Politik und auch ein neues Kirchenverhalten erfordern, findet in der bundesdeutschen IPPNW-Sektion ihren bemerkenswerten Niederschlag, z. B. in der Abschlusserklärung des IPPNW-Kongresses 1987 in Essen, in der Worpsweder Erklärung, wie auch in der Berliner Erklärung von 1992. Gerade in Worpswede wurden mit überzeugender

Deutlichkeit die Gefahren insbesondere von Ungerechtigkeit und Verelendung der sog. Dritten Welt, globalem Krieg gegen die Natur, Streben nach Macht sowie hemmungslosem Mißbrauch von Technik und Wissenschaft benannt.

1992 hat B. Lown, einer der Präsidenten der IPPNW und berühmter amerikanischer Kardiologe, die Aufgaben für die IPPNW geradezu im konziliären Sinn konkretisiert: Engagement für eine neue Weltordnung, friedliche Konfliktlösungen, weltweite Gerechtigkeit und Abbau des Nord-Süd-Konflikts; denn es sind „Frieden, Entwicklung und Umwelt unauflöslich miteinander verbunden“.

Neue alte Aufgaben

1993/94 ist es wohl an der Zeit, daß wir christliche Ärzte und Ärztinnen noch intensiver eine neue Kultur des Gebets und aktiven Handelns entwickeln. Wir wollen uns noch mehr dafür einsetzen, daß ein konziliarer Schub gemeinsam mit allen friedliebenden und verantwortlichen Menschen, Gruppen und Religionen erwachse – auch und gerade, weil es zunehmend den Anschein hat, daß unser bisheriges Bemühen in Kirche und Gesellschaft weitgehend vergeblich gewesen ist, – auch und gerade, weil sich in unserer politischen Wirklichkeit zunehmend eine bedrohliche egalisierende Kumpanei von Parteien entwickelt:

Gefragt ist ein biblisches Ernstnehmen und eine Erneuerung unseres christlichen Lebens. Dies bedeutet auch eine fundamentale Änderung längst überfälliger kirchlicher Strukturen. Gefragt sind ehrliche, sachgerechte und humanistische Entscheidungen, die sich eindeutig und kompromißlos gegen egoistische, wachstumsorientierte und wirtschaftsdominierende Interessen aussprechen.

Aufgaben gibt es genug: Engagement gegen fast überall pervertierende Gesellschaftsstrukturen und gegen eine fast überall besorgniserregend versagende Politik, in der nur Geld, Wirtschaft, Macht und Fortschritt eine Rolle spielen. Wir können mitbauen an einer vernünftigen multikulturellen Gesellschaft und an einer Welt-offenheit, am Abbau von Nord-Süd-Gefälle und an einer toleranten Ökumene. Praktische Schritte sind möglich gegen Friedlosigkeit z. B. in Jugoslawien und in der Osttürkei, gegen die drohende Gefahr deutscher Hegemonialansprüche, zunehmend nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, und gegen deutsche und europäische Abschottung gegenüber Fremden und Armen. Setzen auch wir uns überall dafür ein, daß das Jahr 1993, laut Aufruf der Vereinten Nationen, ein „Jahr der eingeborenen Völker“ werde.

Abschließend soll an Hand von fünf Punkten versucht werden, welche konkreten Konsequenzen konziliares Denken und Handeln für uns persönlich haben kann:

1. Eine persönliche Lebensumstellung als schrittweises oder auch radikales Ernstnehmen und Verwirklichen von gerechten, friedfertigen und ökologischen Lebensinhalten kann nur gemeinsam mit z. B. freundschaftlichen Bündnisgenossen erfolgen.
2. Überzeugungen müssen in Solidarität, Dialog und Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten aktiver und mutiger vertreten werden. Als Partner bieten sich an z. B. christliche und Weltreligionen, lokale, nationale und internationale Friedensbewegungen, kritische Bürger-, Berufs- und Umweltinitiativen, aber auch progressive VertreterInnen von Parteien und Presse.

3. Übernahme von Verantwortung in Kirche, ärztlicher Selbstverwaltung und Gesellschaft erweitert entscheidend die Einflußnahme, z.B. in Kirchengemeinderat, Synode, Ausschüssen und bei Vortragstätigkeit.

4. Mit den konziliaren Dokumenten wollen wir uns weiterhin bemühen, die Lähmung seit dem barbarischen Golfkrieg und dem Jugoslawienkonflikt sowie den hausgemachten Problemen deutscher Einheit zu überwinden. Wir können uns dafür einsetzen, daß Pfarrer, kirchliche Gruppierungen, Kirchengemeinden und Kirchenleitungen eindeutig progressive Stellungnahmen abgeben. Mit ihnen zusammen können wir konkrete Aktionen z. B. zur Krise im ehemaligen Jugoslawien und gegen das Wiedererwachen von Nationalismus und Rassismus durchführen.

5. Mit Lesen des Romans „Die Waffen nieder!“ von Bertha von Suttner können wir Mut fassen und uns über die Anfänge der Friedensbewegung informieren. Schon Bertha von Suttner hat erkannt, daß der Frieden als ein langwieriger Lernprozeß von abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit (ganz im konziliaren Sinn) begriffen werden muß.

PS: Literaturverzeichnis beim Verfasser zu erhalten: Olgastraße 35, 70182 Stuttgart.

Ulrich Börnigen

Spurensicherung – Gemeindearbeit in der DDR im Zeichen ökumenischer Offenheit

1. Die Kirchengemeinde im Kontext von Landschaft, Kultur, Sozialisation und Institution

Der Ort Viernau liegt am Südhang des Thüringer Waldes zwischen den Städten Schmalkalden und Suhl. Ein langgestrecktes Dorf in lieblicher, offener Tallage. Schaut man genauer hin, sind bereits fränkische Akzente in Sprache und Architektur erkennbar. Das gilt aber auch für manche Bräuche und Gewohnheiten.

Die Kirchen- oder Pfarrgemeinde gehört zum Kirchenkreis „Henneberger Land“. Dieser bildet eine Enklave der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Propstei Erfurt mitten im südlichen Gebiet der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen.

Die Grenzen spielten aus der Erfahrung der Menschen auf fast allen Gebieten ihres Lebens immer eine besondere, ja beachtliche Rolle. Da war zunächst die nicht sehr weit entfernte innerdeutsche Grenze vor 1989. Diese damalige Staatsgrenze trennte nach 1945 die für diese Region typischen Lebensgewohnheiten. Schnell erreichbar waren vormals, und jetzt natürlich wieder, Städte wie Coburg, Bamberg, Würzburg.

Sie waren nicht nur wirtschaftlich interessant und attraktiv, sondern verkörpern noch heute Kirchengeschichte, Kunst- und Kulturerfahrungen einer barocken Lebenswelt. Eine gewisse Faszination lag auf der Hand, weil die Bürgerlichkeit der Städte ein Sinnbild des Wohlstands war.